

Georgien im Aufruhr: Präsidentin warnt vor Krieg gegen das eigene Volk!

In Georgien kam es zu Protesten gegen die Entscheidung der Regierung, EU-Beitrittsgespräche auszusetzen, während die Polizei eingriff.

Tbilisi, Georgien - In einem explosiven Aufeinandertreffen zwischen Demonstranten und der Polizei in Georgien brach Chaos aus, als die Regierung überraschend die Gespräche über einen EU-Beitritt auf Eis legte. Tausende von Menschen versammelten sich vor dem Parlament in Tiflis, während die Maskierten der Bereitschaftspolizei mit Gummigeschossen, Tränengas und Wasserwerfern gegen die aufgebrachte Menge vorgingen. Der Premierminister Irakli Kobakhidze hatte diese umstrittene Entscheidung am Donnerstag bekannt gegeben, nur Stunden nachdem das Europäische Parlament die Ergebnisse der umstrittenen Parlamentswahlen im Oktober zurückgewiesen hatte.

Kobakhidze, der mit seiner Partei „Georgian Dream“ wegen demokratischer Rückschritte und engerer Beziehungen zu Russland in der Kritik steht, bezeichnete die EU als „Erpresser“ und verschob die Beitrittsgespräche bis 2028, mit dem Ziel, 2030 Mitglied zu werden. Er kündigte zudem an, bis Ende 2028 auf jegliche EU-Finanzhilfen zu verzichten. Präsidentin Salome Zurbichvili, eine pro-europäische Kritikerin von Georgian Dream, warf der Regierung vor, „Krieg gegen das eigene Volk“ zu führen und stellte die Loyalität der Polizei in Frage.

Proteste eskalieren

Die Proteste, die am Freitagmorgen ihren Höhepunkt erreichten, führten zu 43 Festnahmen und 32 verletzten Polizisten. Einige Demonstranten warfen Feuerwerkskörper auf die Polizei und versuchten, Metallbarrieren vor dem Parlament zu durchbrechen. Zurabichvili, die bis Dezember im Amt ist, hat Klage beim Verfassungsgericht eingereicht, um die Wahl für ungültig zu erklären, da sie von russischem Einfluss spricht. Diese Woche nominierte Georgian Dream den rechtsextremen Politiker Mikheil Kavelashvili als ihren Nachfolger, was von der EU als weiteres Zeichen für die Annäherung Georgiens an Russland gewertet werden könnte.

Kobakhidzes Entscheidung, die EU-Beitrittsgespräche zu pausieren, stellt einen neuen Tiefpunkt in den Beziehungen seines Landes zur 27-Nationen-Union dar. Während die EU Georgien im Dezember 2023 den Kandidatenstatus verlieh, wurden seitdem zahlreiche Gesetze verabschiedet, die als russisch inspiriert gelten und die EU-Mitgliedschaft gefährden. Der russische Präsident Wladimir Putin lobte kürzlich die georgischen Behörden für ihren „Mut“ bei der Verabschiedung eines Gesetzes über „ausländische Agenten“, das von Kritikern als Kopie eines ähnlichen russischen Gesetzes angesehen wird.

Details	
Ort	Tbilisi, Georgien
Quellen	• www.aljazeera.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at